

MERKBLATT FÜR DIE GEMEINDEN TIROLS
HERAUSGEGEBEN VOM AMT DER TIROLER LANDESREGIERUNG,
ABTEILUNG GEMEINDEN
96. JAHRGANG / NOVEMBER 2023

Inhalt

48.	Wasserleitungsfonds – neue Richtlinien für die Gewährung von Darlehen	1
49.	Biogene Abfälle - Tanklagersystem mit Pumpförderung - Bewilligungspflicht.....	2
50.	Die (Landes)Straßenverwaltung als Partei im Bauverfahren nach der TBO 2022.....	3
51.	Leerstandsabgabe – abgabenrechtlicher Vollzug.....	6
52.	Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2023	7
53.	Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2023.....	9
	Verbraucherpreisindex für September 2023 (vorläufiges Ergebnis).....	10

48. Wasserleitungsfonds – neue Richtlinien für die Gewährung von Darlehen

Die Tiroler Landesregierung hat in ihrer Sitzung vom 17. Oktober 2023 die Richtlinien über die Gewährung von Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds beschlossen. Diese treten mit 1. Jänner 2024 in Kraft.

Mit der gegenständlichen Neuerlassung der Richtlinien für die Gewährung von Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds wird nunmehr mit Wirksamkeit vom 1. Jänner 2024 der Zinssatz für Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds aufgrund der aktuellen Zinsentwicklung von derzeit 0,5 v.H. auf 1,5 v.H. p. a. erhöht.

Die Zinserhöhung gilt dabei für alle ab dem 01.01.2024 neu gewährten Wasserleitungsfondsdarlehen. Für alle bis 31.12.2023 gewährten Wasserleitungsfondsdarlehen wird weiterhin ein Zinssatz von 0,5 v.H. p.a. verrechnet.

Weiters wird bei der Valorisierung auf den aktuell letzten Verbraucherpreisindex 2020 Bezug genommen, wobei der Anpassung der jeweilige Juli-Indexwert des Vorjahres zugrunde zu legen ist.

Im Folgenden die Richtlinien im Wortlaut:

„Richtlinien der Landesregierung vom 17. Oktober 2023 für die Gewährung von Darlehen aus dem Wasserleitungsfonds

§ 1

Wasserleitungsfonds

(1) Der Wasserleitungsfonds ist Teil des Sondervermögens des mit Gesetz über die Bildung eines Gemeindeausgleichsfonds, LGBl. Nr. 1/1952, eingerichteten Gemeindeausgleichsfonds.

(2) Das Sondervermögen des Wasserleitungsfonds ist ausschließlich für die Förderung von kommunalen Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen zu verwenden.

§ 2

Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen

- (1) Die Förderung erfolgt durch die Gewährung von Darlehen.
- (2) Die Gewährung der Förderung obliegt der Landesregierung. Die Förderabwicklung erfolgt durch den Landeskulturfonds.
- (3) Förderwerber können Gemeinden und Gemeindeverbände sein.

§ 3

Förderhöhe, Zinssatz, Laufzeit

- (1) Die Errichtung oder Sanierung einer Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlage einer Gemeinde oder eines Gemeindeverbandes wird mit einem Betrag von 75 v.H. der jährlichen Investitionskosten gefördert. Die förderbaren Investitionskosten sind dabei mit 200.000,-- Euro pro Jahr und Bauvorhaben begrenzt.
- (2) Der Zinssatz eines Darlehens des Wasserleitungsfonds beträgt 1,5 v.H. p.a.
- (3) Die Laufzeit eines Darlehens des Wasserleitungsfonds beträgt zehn Jahre.

§ 4

Mindestgebühr

- (1) Ein Darlehen wird nur dann gewährt, wenn die Gemeinde oder der Gemeindeverband eine Mindestgebühr erhebt, die im Fall der Förderung
 - a) einer Wasserversorgungsanlage 0,50 Euro und
 - b) einer Abwasserentsorgungsanlagen 2,53 Euro pro m³ Wasser (jeweils brutto inkl. Umsatzsteuer) beträgt.
- (2) Die Mindestgebühr nach Abs. 1 wird mit 1. Jänner eines jeden Jahres nach dem Verbraucherpreisindex 2020 (VPI 2020) angepasst, wobei der Anpassung der jeweilige Juli-Indexwert des Vorjahres zugrunde zu legen ist.
- (3) Die nach Abs. 2 angepassten neuen Mindestgebühren für das Folgejahr werden jeweils rechtzeitig im Merkblatt der Gemeinden Tirols bekannt gegeben.

§ 5

Inkrafttreten

Diese Richtlinien treten mit 1. Jänner 2024 in Kraft. Der in § 3 Abs. 2 festgelegte Zinssatz gilt für die ab dem Inkrafttreten der Richtlinie neu gewährten Darlehen.“

49. Biogene Abfälle - Tanklagersystem mit Pumpförderung - Bewilligungspflicht

Im Rahmen eines Feststellungsverfahrens nach dem Abfallwirtschaftsgesetz 2002 (in der Folge kurz: AWG 2002) war die Frage zu klären, ob es sich bei einem Tanklagersystem für biogene Abfälle mit Pumpförderung um eine bewilligungspflichtige Abfallbehandlungsanlage handelt.

Konkret geplant war ein geschlossenes und geruchsfreies System, bestehend aus einer Aufgabeeinheit für biogene Abfälle mit Zerkleinerung (unter Zugabe von Wasser für Transport- und Lagerzwecke) und Pumpe im Erdgeschoss, einem Rohrleitungssystem sowie einem Lagertank mit Füllstandsmessung, Entlüftung (via Biofilter) und einer Absaugstelle im Untergeschoss.

Bei biogenen Abfällen handelt es sich laut AWG 2002 bzw. Tiroler Abfallwirtschaftsgesetz (in der Folge kurz: TAWG) um biologisch abbaubare Garten- und Parkabfälle, Nahrungsmittel- und Küchenabfälle aus Haushalten, Büros, Gaststätten, Großhandel, Kantinen, Cateringgewerbe und aus dem Einzelhandel sowie vergleichbare Abfälle aus Nahrungsmittelverarbeitungs-betrieben.

Auch wenn das Ergebnis eines Feststellungsverfahrens nur für die konkrete Anlage bindend ist, werden vergleichbare Anlagen rechtlich nicht anders beurteilt werden. Die Verwendung entsprechender Anlagen könnte insbesondere in der Gastronomie oder auch dem Handel häufiger überlegt werden, deshalb soll dieses Informationsschreiben über die Bewilligungspflicht derartiger Anlagen informieren.

Zusammengefasst erfolgt im Rahmen der beschriebenen ortsfesten Tanklagerung samt Pumpförderung eine Abfallbehandlung (Zerkleinerung unter Zugabe von Wasser für Transport- und Lagerzwecke), es handelt sich daher um eine Abfallbehandlungsanlage, ein Lager gemäß AWG 2002.

Ergebnis des Feststellungsverfahrens war daher, dass derartige Lager grundsätzlich eine abfallrechtliche Bewilligung benötigen, außer, es handelt sich bei einem solchen Lager um einen Teil einer gewerblichen Betriebsanlage, die der Genehmigungspflicht nach der Gewerbeordnung 1994 unterliegt.

Gegen diese Feststellung des Landeshauptmannes von Tirol wurde Beschwerde erhoben. In der Folge hat das Landesverwaltungsgericht Tirol die Beschwerde mit Erkenntnis vom 14.12.2022, Zl. LVwG-2022/37/2210-5, als unbegründet abgewiesen und damit die Entscheidung des Landeshauptmannes von Tirol bestätigt.

Bei Interesse können die rechtlichen Details der Entscheidung des Landesverwaltungsgerichtes unter folgendem Link dem Rechtsinformationssystem des Bundes (RIS) entnommen werden:

https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/Lvwg/LVWGT_TI_20221214_LVwG_2022_37_2210_5_00/LVWGT_TI_20221214_LVwG_2022_37_2210_5_00.pdf

Hinweis: Wenn ein derartiger Lagertank voll ist, muss er durch entsprechende Saugfahrzeuge geleert werden. Zum Schutz vor sonst allenfalls vergebens getätigten Investitionen wird daher begleitend darauf aufmerksam gemacht, dass es sich bei den einleitend angeführten Bioabfällen um biologisch verwertbare Siedlungsabfälle handelt, die nach dem TAWG der Bereitstellungspflicht an die jeweilige Gemeinde und der Abholpflicht durch die jeweilige Gemeinde unterliegen.

Lediglich dann, wenn in der betroffenen Gemeinde, abgebildet auch in der Müllabfuhrordnung, die Installierung eines Tanklagersystems zulässig ist, darf ein entsprechendes System installiert werden.

Mag.a Isabell Steurer

Abt. Umweltschutz

50. Die (Landes)Straßenverwaltung als Partei im Bauverfahren nach der TBO 2022

Vorauszuschicken ist, dass bauliche Anlagen ausschließlich auf Grundstücken errichtet werden dürfen, die sich nach ihrer Widmung, Lage, Form, Größe und Bodenbeschaffenheit für die vorgesehene Bebauung eignen und die eine dem vorgesehenen Verwendungszweck entsprechende,

rechtlich gesicherte

Verbindung mit einer öffentlichen Verkehrsfläche aufweisen (siehe dazu § 3 Absatz 1 Tiroler Bauordnung 2022 - TBO 2022).

Als Verkehrsflächen zählen gemäß § 2 Absatz 23 TBO 2022 die den straßenrechtlichen Vorschriften unterliegenden Straßen, die in einem Zusammenlegungsverfahren als gemeinsame Anlagen errichteten Wege, die Güterwege und die Forststraßen, die den güter- und seilwegerechtlichen bzw. den forstrechtlichen Vorschriften unterliegen, sowie jene Grundflächen, die von den in einem Bebauungsplan festgelegten Straßenfluchtlinien umfasst sind. Mit letzteren werden gemäß § 58 Absatz 1 Tiroler Raumordnungsgesetz 2022 – TROG 2022 - die unmittelbar dem Verkehr dienenden Flächen von Straßen und die der Gestaltung des Straßenraumes dienenden Flächen von den übrigen Grundflächen abgetrennt.

Die Tiroler Bauordnung knüpft mit ihrer Bezugnahme auf „straßenrechtliche Vorschriften“ in § 2 Absatz 27 TBO 2022 an das Tiroler Straßengesetz 1989 an, wobei die entsprechenden Bestimmungen naturgemäß auch für bundes(straßen)rechtliche Regelungen gelten, diese jedoch im Folgenden außer Acht gelassen werden.

§ 6 Tiroler Straßengesetz 1989 reiht die öffentlichen Straßen in die Straßengruppen Landesstraßen, Gemeindestraßen, öffentliche Interessentenstraßen und öffentliche Privatstraßen. Diese öffentlichen Straßen sind jedenfalls Verkehrsflächen im Sinne des § 2 Absatz 27 TBO 2022 und gelten ihnen gegenüber somit die Bestimmungen über die Grundstückseignung des § 3 Absatz 1 TBO 2022 sowie die in § 5 TBO 2022 – „Abstände baulicher Anlagen von den Verkehrsflächen“ determinierten Abstandsregeln.

Rechtlich gesicherte Verbindungen im Sinne des § 3 Absatz 1 TBO 2022 werden im Bereich von Landesstraßen in Form einer schriftlichen Zustimmung nach § 5 Tiroler Straßengesetz 1989 („Sondergebrauch“) von der Landesstraßenverwaltung erteilt und können nicht automatisch bei Angrenzung der Bauparzelle an die Landesstraße vorausgesetzt werden. Die Zustimmung darf nur befristet oder unbefristet auf jederzeitigen Widerruf erteilt werden. Als erste Ansprechpartner sind die jeweiligen Baubezirksämter zuständig. Jede gewünschte verkehrliche Anbindung (Zu- und Abfahrten, Stellplätze) an eine Landesstraße muss einzeln dargestellt und geprüft werden.

In Gebieten und auf Grundflächen, für die ein Bebauungsplan oder Bauordnungsregeln erlassen werden (she. § 5 Absatz 1 TBO 2022), ist vor der Festlegung von Bauflucht- und Straßenfluchtlinien bzw. Bauordnungsregeln zur Landesstraße hin das Einvernehmen mit der Landesstraßenverwaltung herzustellen.

Bestehen für einen Bauplatz weder Bebauungsplan noch Bauordnungsregeln (she. § 5 Absatz 4 TBO 2022), so sind die Abstände zur Verkehrsfläche so festzusetzen, dass weder das Orts- und Straßenbild noch die Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs beeinträchtigt werden. In diesen Fällen ist ebenfalls bereits in der Planungsphase eine Abstimmung mit dem jeweils zuständigen Baubezirksamt unabdingbar. Im selben Schritt kann eine mögliche verkehrliche Anbindung zur Landesstraße abgeklärt werden. Zu beachten ist, dass der 5-Meter-Abstand zur Landesstraße ausschließlich mit Zustimmung des Straßenverwalters unterschritten werden darf.

Zu beachten ist weiters, dass der (Landes)Straßenverwalter Partei im Bauverfahren gemäß § 33 TBO 2022 ist. Die (Landes)Straßenverwaltung ist daher, soweit Schutzinteressen der Straße betroffen sind, berechtigt (she. § 33 Absatz 7 lit. a TBO 2022), das Fehlen einer dem vorgesehenen Verwendungszweck der betreffenden baulichen Anlage entsprechenden, rechtlich gesicherten Verbindung des Bauplatzes mit einer öffentlichen Verkehrsfläche (hier: Landesstraße) und die Nichteinhaltung der Abstandsbestimmungen des § 5 TBO 2022, soweit dadurch die Sicherheit und Flüssigkeit des Verkehrs beeinträchtigt werden (§ 33 Absatz 7 lit. b TBO 2022), einzuwenden und eine dementsprechende (negative) Stellungnahme im Bauverfahren abzugeben. Nachdem es der

Baubehörde verwehrt ist, ohne positive Beurteilung durch die Landesstraßenverwaltung eine Baugenehmigung zu erteilen, sollte auf jeden Fall im Vorfeld die gewünschte Anbindung an eine Landesstraße bzw. die Errichtung einer baulichen Anlage im Abstandsbereich zur Landesstraße mit dem jeweiligen Baubezirksamt abgestimmt werden und bereits eine Zustimmung seitens der Landesstraßenverwaltung vorliegen, um unnötige Zeitverzögerungen oder Mehrkosten für Umplanungen etc. zu vermeiden.

Abschließend ist noch darauf hinzuweisen, dass eine Baubewilligung gemäß § 34 Absatz 7 TBO 2022 befristet, mit Auflagen oder unter Bedingungen zu erteilen ist, soweit dies zur Wahrung der nach den baurechtlichen und raumordnungsrechtlichen Vorschriften geschützten Interessen erforderlich ist und das Bauvorhaben dadurch nicht in seinem Wesen verändert wird. Diese Regelung könnte zwar ohnedies aus dem Allgemeinen Verwaltungsverfahrensgesetz 1991 – AVG 1991 – (§ 58 ff AVG 1991) abgeleitet werden, wurde jedoch materiell-rechtlich noch vertiefend normiert. Auf die gegenständliche Thematik bezogen bedeutet dies: Sollte der Straßenverwalter seine grundsätzliche Zustimmung an (erfüllbare, jedoch unverzichtbare) Bedingungen knüpfen, ist deren Anführung in der Baubewilligung als Rechtsgestaltungsbescheid jedenfalls zulässig und haben diese als solche die Qualität eines vollstreckbaren baupolizeilichen Auftrages. Zu beachten ist, dass der Straßenverwalter Partei im Sinne des § 33 Absatz 1 iVm Absatz 7 TBO 2022 ist, entsprechende Amtssachverständige werden hingegen im Zusammenhang mit der grundsätzlichen Bauplatzzeichnung und der ua. diesbezüglichen qualitativen Anforderung einer „entsprechenden, rechtlich gesicherten Verbindung mit einer öffentlichen Verkehrsfläche“ des § 3 Absatz 1 TBO 2022 bzw. den Schutzinteressen der Straße nach § 2 Absatz 9 Tiroler Straßengesetz sowie zu Fragen der Gewährleistung von Sicherheit, Flüssigkeit und Leichtigkeit des Verkehrs (siehe §§ 5, 56 f TBO 2022) heranzuziehen sein.

DI Elisabeth Höllwarth^[1]SG Straßenerhaltung^[1]

Mag. Beatrix Steiner

Abt. Bau- und Raumordnungsrecht

Kontaktdaten Baubezirksämter:

BBA Imst

Eichenweg 40, 6460 Imst

+43 512 508 4702

+43 512 508 744705

bba.imst@tirol.gv.at

BBA Innsbruck

Valiergasse 1c, 6020 Innsbruck

+43 512 508 4401

+43 512 508 744405

bba.innsbruck@tirol.gv.at

BBA Kufstein

Baumgartnerstraße 9, 6330 Kufstein

+43 512 508 4802

+43 512 508 744805

bba.kufstein@tirol.gv.at

BBA Lienz

Iseltaler Straße 1, 9900 Lienz

+43 512 508 4902

+43 512 508 744905

bba.lienz@tirol.gv.at

BBA Reutte

Allgäuer Straße 64, 6600 Reutte

+43 512 508 4642

+43 512 508 744645

51. Leerstandsabgabe – abgabenrechtlicher Vollzug

Die Regelungen über die Erhebung einer Leerstandsabgabe nach dem Tiroler Freizeitwohnsitz- und Leerstandsabgabengesetz – TFLAG, LGBl. Nr. 86/2022, sind mit 1. Jänner 2023 in Kraft getreten. Mit Beginn des Kalenderjahres 2024 werden daher die ersten Abgabenerklärungen bei den Abgabenbehörden eingehen. Aufgrund des bevorstehenden Vollzugsbeginns wird auf folgende abgabenrechtliche Besonderheiten hingewiesen:

1. Grundkonzeption der Leerstandsabgabe:

Für Gebäude, Wohnungen und sonstige Teile von Gebäuden, die über einen durchgehenden Zeitraum von mindestens sechs Monaten nicht als Wohnsitz verwendet werden (Leerstand), ist nach § 6 Abs. 1 TFLAG eine Leerstandsabgabe zu erheben. Die Leerstandsabgabe wurde als Selbstbemessungsabgabe ausgestaltet, weshalb der Abgabepflichtige die Abgabe für die im abgelaufenen Kalenderjahr entstandenen Abgabenansprüche bis zum 30. April des Folgejahres selbst zu bemessen und unter Bekanntgabe der Bemessungsgrundlagen an die Abgabenbehörde zu entrichten hat; das Vorliegen eines möglichen Ausnahmetatbestandes nach § 7 ist dabei glaubhaft zu machen.

2. Abgabenrechtliche Besonderheiten:

Abgaben können nach den Vorschriften der Bundesabgabenordnung – BAO, BGBl. Nr. 194/1961 auf zwei Arten eingehoben werden. Durch Vorschreibung von Amts wegen (§ 198 BAO) oder als Selbstbemessungsabgabe (§ 198 BAO - e contrario) (*Ritz/Koran*, Bundesabgabenordnung - BAO⁷, § 198 Rz 1). Die Leerstandsabgabe wurde seitens des Gesetzgebers ausdrücklich als Selbstbemessungsabgabe ausgestaltet.

Selbstbemessungsabgaben sind Abgaben, die der Abgabenschuldner selbst zu berechnen und zu entrichten hat, ohne vorherige abgabenbehördliche Tätigkeiten (etwa eine bescheidmäßige Festsetzung) abwarten zu dürfen. Im Gegensatz zu einem Abgabenbescheid, der die Abgabe festsetzt und dem ein Ermittlungsverfahren nach §§ 161 ff BAO vorangeht, wird die Höhe der Selbstbemessungsabgabe nicht mit Bescheid festgestellt. Der Gesetzgeber hat verwaltungsökonomischen Gründen Rechnung getragen, dass kein Bescheid zu erlassen ist, wenn der selbst berechnete Betrag richtig ist. Damit kommt es zur Fiktion einer Abgabefestsetzung (*Knechtl*, Korrektur fehlerhafter Entscheidungen, S 162; VwGH 25.5.2000, 2000/16/0193). Mit der Bekanntgabe des selbst berechneten Betrages verbinden sich nach ständiger Rechtsprechung des VwGH dieselben Rechtswirkungen wie mit einer bescheidmäßigen Festsetzung. Dazu zählen beispielsweise:

- Unwiederholbarkeit: Mit der Bekanntgabe der Selbstberechnung an die Behörde ist das Abgabefestsetzungsverfahren grundsätzlich beendet. Der Abgabepflichtige kann nicht eine erneute (zweite) Selbstberechnung durchführen, welche eine zuvor bekannt gegebene Abgabenschuld wieder beseitigt.
- Vollstreckbarkeit: Auch ein selbst berechneter und der Abgabenbehörde bekannt gegebener Betrag kann vollstreckt werden. Als Besonderheit für Selbstbemessungsabgaben sieht § 227 Abs. 4 lit. b BAO vor, dass der vollstreckbar gewordene Betrag nicht einmal eingemahnt werden muss, weil ihn der Abgabepflichtige – als Folge seiner eigenen Selbstberechnung – sowieso kennen muss. Die Vollstreckbarkeit hinsichtlich eines über die Selbstbemessung hinausgehenden Mehrbetrages setzt jedoch die bescheidmäßige Festsetzung voraus.
- Säumnisfolgen: Neben den Säumniszuschlägen kommen auch noch andere Säumnisfolgen in Betracht. So kann etwa ein Zuschlag von bis zu 10 % der Abgabe auch bei zu spät gemeldeten Selbstberechnungsabgaben verhängt werden (Verspätungszuschlag).

Diese "Quasirechtskraft" der Erklärung wird durch die bescheidmäßige Festsetzung der Abgabe gemäß § 201 BAO wieder durchbrochen. Somit stellt § 201 BAO die Parallelbestimmung zu den Bestimmungen über die Rechtskraftdurchbrechung bei Veranlagungsbescheiden dar. Dies kommt dadurch zum Ausdruck, dass entweder in § 201 BAO den Rechtskraftdurchbrechungsmaßnahmen vergleichbare Instrumente geregelt sind, welche an die Erfordernisse von Selbstberechnungsabgaben angepasst wurden, oder indem die Bestimmung auf die Regelungen für die Änderung oder Aufhebung von Bescheiden verweist. Der VwGH hat zudem in seinem Erkenntnis vom 19.05.1994 Zl. 90/17/0230, ausgesprochen, dass „ein Fall einer erfolgten Selbstbemessung, deren "Quasirechtskraft" den Beschwerdeführer vor einer (neuerlichen) Abgabefestsetzung schützen würde, lediglich auf Grund des vorgesehenen verfahrensrechtlichen Titels, nämlich durch die Festsetzung "der Abgabe" durchbrochen werden kann“.

Ein Eintritt der Abgabenbehörde in das Verfahren erfolgt daher nur bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 201 BAO und wenn die Abgabenvorschriften die Selbstberechnung einer Abgabe durch den Abgabepflichtigen anordnen oder gestatten (Ritz/Koran, BAO, § 201 Rz 4). Die Festsetzung einer Selbstberechnungsabgabe setzt nach § 201 Abs 1 BAO stets voraus, dass sich die bekannt gegebene Selbstberechnung als nicht richtig erweist oder dass der Abgabepflichtige, obwohl er hierzu verpflichtet ist, keinen selbstberechneten Betrag der Abgabenbehörde bekannt gibt. Dies kann auch dann der Fall sein, wenn die Abgabenbehörde den geltend gemachten Ausnahmetatbestand nicht anerkennt. Bei der Selbstberechnung der Abgaben kommt es dabei nur auf die Sachverhaltskenntnis der Partei an, die hier auch die rechtliche Würdigung vornimmt (VwGH vom 25.09.2021, Zl. 2008/13/0175 = ÖStZ 2012/1020).

Durch den Eintritt der Abgabenbehörde in das abgabenrechtliche Verfahren sind die weiteren verfahrensrechtlichen Bestimmungen (zB Ermittlungsverfahren, Beweisaufnahme, Beweiswürdigung) der BAO anzuwenden. Gerade im Fall einer Aberkennung eines Ausnahmetatbestandes kommt einer korrekten Verfahrensführung und einer schlüssigen Bescheidbegründung erhebliche Bedeutung zu.

3. Schlussfolgerungen:

Die Ausgestaltung der Leerstandsabgabe als Selbstbemessungsabgabe erfordert ein Umdenken sowohl der Abgabenschuldner als auch der Abgabenbehörden in Bezug auf das abgabenrechtliche Verfahren. Der Vorteil von Selbstbemessungsabgaben liegt darin, dass die Abgabenbehörden nur subsidiär tätig werden. Amtswegige Amtshandlungen (zB Abfragen) scheiden daher vorerst aus. Die Tätigkeit der Abgabenbehörden beschränkt sich zunächst auf die Prüfung der eingelangten Erklärungen oder der eingelangten Zahlungen. Nur bei Vorliegen der Voraussetzungen des § 201 BAO ist die Einleitung eines abgabenrechtlichen Ermittlungsverfahrens seitens der Behörde möglich und können von dieser daher weitere amtswegige Schritte gesetzt werden. Dies gilt auch in Bezug auf Abfragen aus öffentlichen Registern.

52. Abgabenertragsanteile der Gemeinden November 2023

Die Tabelle gibt Auskunft über die den Tiroler Gemeinden zugewiesenen Abgabenertragsanteile, den Vergleich mit 2022 und die daraus resultierende Veränderung sowie die einzelnen Steuerarten.

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung in Euro	Veränderung in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	3.976.710	3.907.245	-69.465	-1,75
Lohnsteuer	25.401.374	27.827.292	2.425.918	9,55
Kapitalertragsteuer	1.597.850	1.854.222	256.372	16,04

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	Veränderung
			in Euro	in %
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	790.579	664.269	-126.310	-15,98
Körperschaftsteuer	13.388.289	9.499.436	-3.888.853	-29,05
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	76	81	6	7,28
Stiftungseingangssteuer	11.166	255.600	244.435	2189,16
Bodenwertabgabe	-5.346	10.844	16.191	302,84
Stabilitätsabgabe	664	2.412	1.747	262,98
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	45.161.361	44.021.403	-1.139.958	-2,52
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	24.545.883	25.499.334	953.451	3,88
Tabaksteuer	1.893.867	1.904.839	10.972	0,58
Biersteuer	197.772	200.850	3.078	1,56
Mineralölsteuer	3.543.311	3.629.013	85.703	2,42
Alkoholsteuer	156.096	153.967	-2.129	-1,36
Schaumweinsteuer	1.801	3.169	1.367	75,91
Kapitalverkehrsteuern	9	0	-9	-100,00
Werbeabgabe	68.950	52.087	-16.863	-24,46
Energieabgabe	-35.887	3.032	38.919	108,45
Normverbrauchsabgabe	385.535	473.661	88.126	22,86
Flugabgabe	147.699	165.384	17.685	11,97
Grunderwerbsteuer	12.420.539	7.826.551	-4.593.987	-36,99
Versicherungssteuer	1.241.473	1.374.365	132.892	10,70
Motorbezogene Versicherungssteuer	2.378.219	2.512.417	134.198	5,64
KFZ-Steuer	21.062	11.283	-9.779	-46,43
Konzessionsabgabe	272.437	298.466	26.030	9,55
Summe sonstige Steuern	47.238.763	44.108.417	-3.130.346	-6,63
Kunstförderungsbeitrag	0	0	0	0,00
Summe	92.400.123	88.129.820	-4.270.304	-4,62

53. Abgabenertragsanteile der Gemeinden Jänner bis November 2023

Die Tabelle gibt Auskunft über die den Tiroler Gemeinden zugewiesenen Abgabenertragsanteile, den Vergleich mit 2022 und die daraus resultierende Veränderung sowie die einzelnen Steuerarten.

Ertragsanteile an	2022	2023	Veränderung	Veränderung
			in Euro	in %
Einkommen- und Vermögensteuern				
Veranlagter Einkommensteuer	48.298.240	40.924.572	-7.373.667	-15,27
Lohnsteuer	295.755.320	311.993.865	16.238.545	5,49
Kapitalertragsteuer	30.996.951	33.178.918	2.181.967	7,04
Kapitalertragsteuer auf sonstige Erträge	12.352.317	6.093.780	-6.258.537	-50,67
Körperschaftsteuer	119.143.852	115.315.212	-3.828.639	-3,21
Abgeltungssteuern Schweiz	0	0	0	0,00
Abgeltungssteuern Liechtenstein	0	0	0	0,00
Erbschafts- und Schenkungssteuer	3.718	1.575	-2.142	-57,63
Stiftungseingangssteuer	406.225	466.017	59.791	14,72
Bodenwertabgabe	850.215	660.000	-190.215	-22,37
Stabilitätsabgabe	992.718	1.129.421	136.703	13,77
Summe Einkommen- und Vermögensteuern	508.799.555	509.763.361	963.805	0,19
Sonstige Steuern				
Umsatzsteuer	263.149.334	288.685.578	25.536.244	9,70
Tabaksteuer	19.189.790	19.083.446	-106.344	-0,55
Biersteuer	1.837.833	1.800.335	-37.498	-2,04
Mineralölsteuer	38.896.284	37.978.549	-917.735	-2,36
Alkoholsteuer	1.600.770	1.599.930	-840	-0,05
Schaumweinsteuer	18.636	16.664	-1.972	-10,58
Kapitalverkehrsteuern	4.124	37	-4.087	-99,11
Werbeabgabe	957.274	892.498	-64.776	-6,77
Energieabgabe	5.802.121	-732.352	-6.534.473	-112,62
Normverbrauchsabgabe	3.689.419	4.518.284	828.865	22,47
Flugabgabe	943.289	1.397.047	453.758	48,10
Grunderwerbsteuer	160.911.034	117.019.566	-43.891.468	-27,28
Versicherungssteuer	12.710.631	13.502.840	792.210	6,23
Motorbezogene Versicherungssteuer	23.940.473	23.864.822	-75.650	-0,32
KFZ-Steuer	588.861	573.871	-14.990	-2,55
Konzessionsabgabe	2.845.930	2.954.287	108.356	3,81
Summe sonstige Steuern	537.085.803	513.155.401	-23.930.401	-4,46
Kunstförderungsbeitrag	134.713	132.445	-2.268	-1,68
Gesamtsumme	1.046.020.071	1.023.051.207	-22.968.864	-2,20
Zwischenabrechnung	29.486.125	-4.592.364	-34.078.489	-115,57
Gesamtsumme inkl. Zwischenabrechnung	1.075.506.196	1.018.458.843	-57.047.353	-5,30

Verbraucherpreisindex für September 2023 (vorläufiges Ergebnis)

VERBRAUCHERPREISINDEX für	August 2023 endgültig	September 2023 vorläufig
Einkommen- und Vermögensteuern		
Index der Verbraucherpreise 2020 [□] Basis: Durchschnitt 2020 = 100	120,9	121,4
Index der Verbraucherpreise 2015 [□] Basis: Durchschnitt 2015 = 100	130,8	131,4
Index der Verbraucherpreise 2010 [□] Basis: Durchschnitt 2010 = 100	144,8	145,4
Index der Verbraucherpreise 2005 [□] Basis: Durchschnitt 2005 = 100	158,6	159,3
Index der Verbraucherpreise 2000 [□] Basis: Durchschnitt 2000 = 100	175,3	176,0
Index der Verbraucherpreise 1996 [□] Basis: Durchschnitt 1996 = 100	184,5	185,3
Index der Verbraucherpreise 1986 [□] Basis: Durchschnitt 1986 = 100	241,2	242,4
Index der Verbraucherpreise 1976 [□] Basis: Durchschnitt 1976 = 100	374,9	376,5
Index der Verbraucherpreise 1966 [□] Basis: Durchschnitt 1966 = 100	658,1	660,8
Index der Verbraucherpreise I [□] Basis: Durchschnitt 1958 = 100	838,4	841,9
Index der Verbraucherpreise II [□] Basis: Durchschnitt 1958 = 100	841,2	844,7

Der Index der Verbraucherpreise 2020 (Basis: Jahresdurchschnitt 2020 = 100) für den Kalendermonat September 2023 beträgt 121,4 (vorläufige Zahl) und ist gegenüber dem Vormonat um 0,5 Punkte (+ 6,0 % gegenüber dem Vorjahr) gestiegen.

Die Veränderungen im VPI sind auch auf der Homepage der Statistik Austria ersichtlich:
https://www.statistik.at/fileadmin/pages/214/2_Verbraucherpreisindizes_ab_1990.ods

MEDIENINHABER (VERLEGER):

Amt der Tiroler Landesregierung,

Abteilung Gemeinden,

6010 Innsbruck, Tel. 0512/508-2370

www.tirol.gv.at/merkblatt-gemeinden

Für den Inhalt verantwortlich: Mag. Christine Salcher

Offenlegung gemäß § 5 Mediengesetz: Medieninhaber Land Tirol

Erklärung über die grundlegende Richtung: Information der Gemeinden

Druck: Eigendruck